



\*\*\*\*\*

ver.di - elektronischer Brief mit Informationen für Beamtinnen und Beamte

Nr.: 06/15

\*\*\*\*\*

Die TOP-Themen:

1. Besoldungsrunde Bund - Dialog in Sachen Besoldung und Arbeitszeit
2. Bundesverfassungsgericht bereitet Entscheidung in Sachen Streikrecht vor
3. Laufbahnrecht - Bildung und Erfahrung müssen entscheiden
4. Vielfältige Aufstiegsmöglichkeiten bleiben dauerhaft erhalten
5. Fachtagung Postpersonalrecht
6. Nachbarn unter sich - polnisch-deutscher Gewerkschaftsdialog zum Öffentlichen Dienst!
7. Rechtskommentar Postpersonalrecht – Neuerscheinung
8. Rückblick 2015 - Ausblick 2016 – Das Wichtigste
9. Potsdamer Forum für Führungskräfte im öffentlichen Dienst 2016
10. Gewinnspiel – Mitmachen
11. Weihnachts- und Neujahrsgruß
12. Impressum
13. Newsletter abonnieren und kündigen

\*\*\*\*\*

#### 1. Besoldungsrunde Bund - Dialog in Sachen Besoldung und Arbeitszeit

\*\*\*\*\*

Im kommenden Frühjahr beginnt die Tarif- und Besoldungsrunde Bund. ver.di entscheidet am 18. Februar 2016 über ihre Forderungen an die Bundesregierung.

Was ist Ihnen wichtig? Mehr Geld, weniger Arbeitszeiten oder gar beides? Werden Sie sich für bessere Arbeitsbedingungen engagieren?

Nun besteht die Möglichkeit, sich frühzeitig in die Debatte einzubringen. Etwa durch die Teilnahme an Veranstaltungen vor Ort; aber wir bieten darüber hinaus einen Dialog via Internet an.

[Mehr...](#)

\*\*\*\*\*

#### 2. Bundesverfassungsgericht bereitet Entscheidung in Sachen Streikrecht vor

\*\*\*\*\*

Im nächsten Jahr erwarten wir ein Urteil des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zur Frage des Streikrechts für Beamtinnen und Beamte. Es stehen mehrere Verfassungsbeschwerdeverfahren zur Entscheidung an - allesamt Klagen von Lehrerinnen und Lehrern, die mit Hilfe der GEW gegen ihre Disziplinarstrafen geklagt haben. Sie hatten an Warnstreikaktionen ihrer Gewerkschaft GEW teilgenommen und wurden von ihrem Dienstherrn deshalb mit einer Disziplinarstrafe belegt. Mehrere Klageverfahren hängen jetzt beim BVerfG. Darunter auch der Fall der Lehrerin, der im letzten Jahr durch das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) mit dem beachteten Urteil vom 27. Februar 2014 entschieden wurde. Das BVerwG bestätigte das

statusbezogene Streikverbot für Beamtinnen und Beamte nach deutschem Verfassungsrecht, stellte aber gleichzeitig klar, dass das generelle Streikverbot gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verstoße, was zu einer durch Auslegung nicht auflösbaren Kollisionslage führe, die letztlich nur der Gesetzgeber auflösen könne. Das BVerfG hat jetzt Gelegenheit, zum Beamtenstreikrecht und zur Frage der Auflösung der bestehenden Kollisionslage Stellung zu nehmen.

Dazu Fragen an den Kollegen Prof. Dr. Jens M. Schubert, Leiter des Bereiches Recht/Rechtspolitik beim Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft

Kannst du uns die verfassungsrechtliche Problematik auseinandersetzen, um die es in den anstehenden Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht geht?

Prof. Dr. Schubert: Die Problematik hat das Bundesverwaltungsgericht in seiner Entscheidung vom 27. Februar 2014 recht gut aufgezeigt: Auf der einen Seite steht das Streikverbot für Beamte nach deutschem Recht, das das Bundesverwaltungsgericht bestätigt hat. Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts ergibt es sich aus den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums (Art. 33 V GG) und stellt auf den Beamtenstatus an sich ab. Diametral gegenüber steht aber die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), die in der Auslegung durch den EGMR auch ein Streikrecht für Beamte vorsieht, das nur bei rein hoheitlicher Tätigkeit eingeschränkt werden kann. Es wird also hinsichtlich des Streikrechts auf die Funktion des Beamten abgestellt. Das BVerwG hat klar bestätigt, dass die EMRK auch in der Bundesrepublik Deutschland gilt. Damit besteht eine Kollision gültiger Normen, die nach Auffassung des BVerwG nur durch den Gesetzgeber aufgelöst werden kann. Ich bin allerdings der Auffassung, dass das BVerwG durchaus durch eine völkerrechtsfreundliche Auslegung der deutschen Normen, die Kollisionslage hätte auflösen können. Das BVerfG erwartet eine solche Auslegung.

Das vollständige Interview können Sie auf unserer Internetseite lesen: [www.beamte.verdi.de](http://www.beamte.verdi.de)

\*\*\*\*\*

### 3. Laufbahnrecht - Bildung und Erfahrung müssen entscheiden

\*\*\*\*\*

Das Laufbahnrecht ist eine entscheidende Rechtsgrundlage, wenn es um eine gute berufliche Perspektive für Beamtinnen und Beamte geht. Maßgeblich werden dadurch u.a. die Qualität von Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie die Möglichkeiten des Aufstiegs beeinflusst. Neue und zeitgemäße Instrumente für ein modernes Personalmanagement müssen sich in Reformen des Laufbahnrechtes wiederfinden. ver.di engagiert sich für ein fortschrittliches Laufbahnrecht, welches Qualifizierung und Personalentwicklung unterstützt und damit hochwertige Dienstleistungen weiterhin ermöglicht.

Fortwährende berufliche Bildung von Beamtinnen und Beamte einfordern und ihre berufliche Entwicklung zu fördern, muss Leitgedanke für ein modernes Laufbahnrecht sein.

Am 26. April 2016 wird sich die ver.di-Fachtagung für Beamtinnen und Beamte mit dem Schwerpunkt Laufbahnrecht befassen.

Das Laufbahnrecht entwickelt sich in den Ländern und beim Bund unterschiedlich, wobei durchaus interessante Wege eingeschlagen werden.

Wir fragten bei Paul Johannes Fietz, Abteilungsleiter öffentlicher Dienst, Bundesministerium des Innern für den Bereich des Bundes und bei Uwe Januszewski, Vorsitzender ver.di-Kommission Laufbahnrecht und Beamter der Landes Berlin nach ihren Einschätzungen zur Entwicklung des Laufbahnrechtes.

[Zu den Fragen und Antworten...](#)

\*\*\*\*\*

#### 4. Vielfältige Aufstiegsmöglichkeiten bleiben dauerhaft erhalten

\*\*\*\*\*

Das Bundesinnenministerium will den Praxisaufstieg - entgegen bisheriger Planungen – jetzt doch nicht zum Jahresende ersatzlos streichen. Nach dem Ergebnis der Ressortabstimmung soll es ab 2016 ein neues praxisorientiertes Aufstiegsformat für den mittleren Dienst in Laufbahnen des gehobenen Dienstes geben – und zwar dauerhaft und nicht nur als Übergangsregelung wie bisher.

Dies ist auch der Erfolg von ver.di! Wir hatten uns massiv in der Vergangenheit für die Fortsetzung des Praxisaufstiegs über 2015 hinaus eingesetzt.

[Mehr zum Thema...](#)

\*\*\*\*\*

#### 5. Fachtagung Postpersonalrecht

\*\*\*\*\*

Vor 20 Jahren wurde mit der sogenannten Postreform II die Deutsche Bundespost privatisiert. Daraus entstanden die drei privatwirtschaftlichen Unternehmen Post, Telekom und Postbank. Mit den Folgen für die ehemaligen Post-Beamtinnen und -Beamten beschäftigte sich die Fachtagung „20 Jahre Postpersonalrecht“ am 1. Dezember in Berlin. Ein besonderes Augenmerk wurde auf das erst in diesem Jahr geänderte Postpersonalrecht gelegt.

„Unser Interesse sind gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten“, sagte Klaus Weber, ver.di-Bundesbeamtensekretär und Bereichsleiter des ver.di-Bundesfachbereichs Bund und Länder, in seiner Begrüßung der mehr als 250 teilnehmenden Betriebs- und Personalräte. An die Adresse der Beamtinnen und Beamten betonte er: „Wir haben euch nicht vergessen, wir sind für euch da.“

[Mehr zum Thema...](#)

\*\*\*\*\*

#### 6. Nachbarn unter sich - polnisch-deutscher Gewerkschaftsdialog zum Öffentlichen Dienst!

\*\*\*\*\*

Die 2014 begonnene Kooperation mit der polnischen Öffentliche Dienst-Gewerkschaft FORUM ZZ fand vom 03. - 05.11.2015 in Berlin ihre Fortsetzung, indem beide Organisationen gemeinsam berührende Fragen in verschiedenen Sektoren und Berufsgruppen auf die Tagesordnung setzten. Themen waren u.a. die Arbeitssituation und Interessenvertretung der Beschäftigten beim Zoll, der Feuerwehr und Auswärtigen Amt. Durch intensiven Abgleich zu Arbeitsbedingungen, Bezahlung und gewerkschaftlichen Handlungsfeldern erhielten polnisch/deutsche Kongruenzen und Differenzen klare Konturen.

Gemeinsam stehen ver.di und FORUM vor der Herausforderung, Mitgliederzuwächse durch erfolgreiche Tarif- und Besoldungspolitik sicherzustellen und dem demographischen Wandel beider Länder mit gezielter Nachwuchsmobilisierung zu begegnen. Auf diesen Kerngebieten gewerkschaftlicher Arbeit, zu der auch gemeinsam berührende EU-Regelungen und -vorhaben gehören, sehen beide Organisationen weiteren Handlungsbedarf zum wechselseitigen Nutzen.

\*\*\*\*\*

#### 7. Rechtskommentar Postpersonalrecht - Neuerscheinung

\*\*\*\*\*

Im Frühjahr 2016 ist es soweit! Die 3. Auflage zum Postpersonalrechtsgesetz erscheint. Diese widmet sich insbesondere den Neuregelungen, die zum 28.05.15 eingeflossen sind. So gibt es Neuregelungen zur Übertragung der Dienstherrnenbefugnisse, wie aber auch zum Thema Zuweisung und Beurlaubung. Ferner berücksichtigt die neue Auflage die hinlänglich ergangene Rechtsprechung zu

den personellen Einzelmaßnahmen, zu Beförderungs- und Beurteilungsverfahren. Erfasst wird auch die Rechtsprechung zum kollektiven Arbeitsrecht.

Die Neuauflage wird sich aber auch weiterhin mit der Postlaufbahnverordnung und den Neuregelungen zur Altersteilzeit sowie zur Einführung personenbezogener Lebensarbeitszeitkonten befassen.

Autoren sind Klaus Weber, Bundessekretär für Beamtinnen und Beamte, ver.di sowie Dirk Lenders, Rechtsanwalt aus Sankt Augustin.

Das Buch wird eine effiziente Arbeitshilfe für die tägliche Arbeit der Betriebsräte der Postnachfolgeunternehmen sowie für die Beamtinnen und Beamten und die Personalierer sein.

[Zum Infolyer und Bestellschein...](#)

\*\*\*\*\*

## 8. Rückblick 2015 - Ausblick 2016 – Das Wichtigste

\*\*\*\*\*

### 2015

- Im Frühjahr; Besoldungsrunde für den Länderbereich / ver.di Bundeskonferenz für Beamtinnen und Beamte
- Mitte des Jahres; Regelungen zur Versorgung (u.a. Mütterrente) und zur Pflege (u.a. Übertragung Pflegegesetze) / Dienstrechtsreformen in den Ländern (u.a. NRW) / Potsdamer Forum für Führungskräfte
- Im Spätjahr; ver.di-Bundeskongress / Gesetzentwürfe zu erweiterten Beteiligungsrechten / Schöneberger Forum

### 2016

In Gesprächen mit der Bundesregierung, den Landesregierungen sowie Bundestag, Bundesrat und Landesparlamenten setzen wir uns für die Interessen der Beamtinnen und Beamten ein:

#### Besoldung:

- Besoldungsrunde für den Beamtenbereich des Bundes und der Postnachfolgeunternehmen mit dem Ziel einer zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des Tarifergebnisses.
- Gespräche mit dem Bundesinnenministerium zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen (u. a. durch Reduzierung von Arbeitszeit bzw. -belastung, z.B. mit Hilfe von Arbeitszeitkonten, mobilem Arbeiten und generell besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie).

#### Laufbahnrecht:

- Das Laufbahnrecht entscheidet mit über den beruflichen Werdegang. Stichworte sind Ausbildung, Studium, Aufstieg und Beförderung. Unser Konzept zur Gestaltung des Laufbahnrechtes werden wir offensiv vertreten.
- Personalentwicklung muss zur Pflicht für Verwaltungen und Betriebe werden.

#### Versorgung:

- Wir setzen uns für die Sicherstellung der Finanzierbarkeit und Stabilität der Versorgung bei der Bundesregierung und den Landesregierungen ein.

- Vollständige Berücksichtigung von Teilzeitbeschäftigung aufgrund Kindererziehung und Pflege  
- Verbesserung des Beihilferechts

Statusrecht:

- ver.di setzt sich für das Recht auf Abschluss öffentlich-rechtlicher Verträge zu Beschäftigungsbedingungen wie Arbeitszeit und Besoldung ein.

Beamtenrecht:

- In den Ländern geht es um die Gestaltung von Besoldung, Versorgung und des Laufbahnrechts.
- Beim Bund erheben wir bei Entwicklung und Organisation der „Digitalen Verwaltung“ einen Mitgestaltungsanspruch, z.B. zur Absicherung von Beschäftigteninteressen und staatlicher Datenhoheit.

\*\*\*\*\*

### 9. Potsdamer Forum für Führungskräfte im öffentlichen Dienst 2016

\*\*\*\*\*



**POTSDAMER FORUM 2016**  
für Führungs- und Leitungskräfte im öffentlichen Dienst

**7. - 8. JUNI 2016**

„ÖFFENTLICHE INFRASTRUKTUR! – WICHTIGER DEN JE!“

Mehr Informationen unter [www.potsdamer-forum.verdi.de](http://www.potsdamer-forum.verdi.de)

\*\*\*\*\*

### 10. Gewinnspiel - Mitmachen

\*\*\*\*\*

Was war für Dich / für Sie in diesem Jahr besonders wichtig in der ver.di Arbeit für Beamtinnen und Beamte? Mitteilen per Mail an [beamtinnen-und-beamte@verdi.de](mailto:beamtinnen-und-beamte@verdi.de) oder mittels Postkarte an:

ver.di-Bundesverwaltung  
Bereich Beamtinnen und Beamte  
Stichwort: Gewinnspiel  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

Die Antwort sollte nicht mehr als 500 Zeichen umfassen. Einsendeschluss ist der 7. Januar 2016.

Aus allen Einsendungen werden drei Gewinner / Gewinnerinnen ermittelt und Mitte Januar 2016 auf unserer Internetseite bekannt gegeben.

1. Preis - Gutschein über 80,- € / 2. Preis - Gutschein über 50,- € / 3. Preis - Gutschein über 35,- €  
Gutscheine jeweils von der Galeria Kaufhof.

\*\*\*\*\*

#### 11. Weihnachts- und Neujahrsgruß

\*\*\*\*\*

Wir sagen herzlich Danke für das Interesse an unserem Newsletter, wünschen ein fröhliches Weihnachtsfest und einen guten Start in ein erfolgreiches 2016.

\*\*\*\*\*

#### 12. Impressum

\*\*\*\*\*

Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft - ver.di, Bundesverwaltung, Ressort 12, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Wolfgang Pieper, Mitglied des Bundesvorstandes.

Verantwortlich: Klaus Weber, Bundesbeamtensekretär, ver.di Bundesverwaltung, Bereich Beamtinnen und Beamte, <mailto:beamtinnen-und-beamte@verdi.de>

Redaktion: Klaus Weber, Mathias Flickschu, Danny Prusseit

Hinweis: Auskünfte zu beamtenrechtlichen Fragen, Rechtsschutz für Mitglieder erteilt ausschließlich die/der zuständige ver.di-Geschäftsstelle/ver.di-Bezirk.

\*\*\*\*\*

#### 13. Newsletter abonnieren und kündigen

\*\*\*\*\*

Online ist es jederzeit möglich, den Newsletter zu bestellen oder ihn zu kündigen. Einfach <http://www.beamte.verdi.de/newsletter> anklicken oder E-Mail an: [mailto:verdi\\_beamte@mainis.de](mailto:verdi_beamte@mainis.de) senden.